

Ortsamt Burglesum XVIII. Beirat

Niederschrift über die 35. Beiratssitzung am 29.04.2014

- Saal des Schulzentrums an der Bördestraße, Bördestraße 10, 28717 Bremen -
Beginn 19:00 Uhr – Schluss 21: 50 Uhr –

Anwesend waren

die Damen und Herren Beiratsmitglieder

R. Hennig, B. Köhlitz, I. Lauterbach-Wenig, A. Strausdat, R. Kurpjuhn-
B. Hornhues, B. Strecker, H. Lürßen, M. Hornhues-
B. Punkenburg, Dr. H. Schmidtman, E. Friesen, U. Schnaubelt -
A. Müller-Lang -
R. Tegtmeier -
F. Rath –

Herr Michael Bürger, Referat 20, Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Herr Ernst Kittlaus -Straßenverkehrsbehördliche Angelegenheiten-, Amt für Straßen und
Verkehr

Herr Andreas Wege, Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Vorsitzender: Herr Ortsamtsleiter Boehlke

Protokoll: Frau Hell-Nogai

*

Öffentlicher Teil

Herr Boehlke eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Die fristgerecht versendete Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 25. Februar 2014

Das Protokoll wurde mit der Einladung fristgerecht an die Beiratsmitglieder verschickt.

Frau Schnaubelt hat zu zwei Wortbeiträgen zum TOP 5 lediglich redaktionelle
Änderungen / Umformulierungen.

Herr Große-Lindemann teilt zum TOP 2.6 mit, dass fälschlicherweise „Lesumbroker
Landstraße“ anstatt „Stader Landstraße“ geschrieben wurde.

Die Korrekturwünsche werden im Protokoll aufgenommen. Das so geänderte Protokoll
wird einstimmig genehmigt.

TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürger/innen

2.1 [REDACTED] im Namen der Bürgerinitiative
„Grünes St. Magnus“

2.2 [REDACTED] im Namen der Bürgerinitiative „Grünes St.
Magnus“

Die Herren verlesen ein Schriftstück und beantragen eine schriftliche Stellungnahme von
jedem Beiratsmitglied zur Bebauung an der Billungstraße.

Herr Boehlke erinnert an die Redezeit, die bereits von beiden Herren überschritten
wurde.

Herr Hornhues stellt fest, dass es sich inhaltlich um einen Antrag handelt und die
Redezeit von drei Minuten gemäß der Geschäftsordnung erheblich überschritten wurde.

Der Antrag wird zur Kenntnis genommen und es wird dementsprechend eine Antwort gegen.

Frau Hornhues ergänzt, dass es eine Antwort geben sollte und nicht siebzehn Antworten.

Herr Dr. Schmidtman kann den Worten der Antragsteller folgen und ist bereit, eine Stellungnahme abzugeben. Er stellt fest, dass das Thema schon häufig angesprochen wurde. Er geht davon aus, dass dieses Thema viele Beiratsmitglieder nervt und findet es dennoch berechtigt, das viel diskutierte Thema weiter zu diskutieren, weil es noch nicht abgeschlossen ist. Er bittet darum, dass man sich schriftlich zum Thema Bürgerbeteiligung äußert.

Frau Punkenburg findet, dass jeder Bürger das Recht hat, seine Meinung kundzutun ohne dass sich jemand darüber lustig macht.

Frau Hornhues sagt, dass sich niemand lustig macht.

Herr Boehlke stellt fest, dass viele Fragen schon öfter gestellt wurden und in der Vergangenheit jede Frage der Bürgerinitiative gemeinsam mit dem Beirat dezidiert auf mehreren Seiten beantwortet wurde. Den Vorwurf, dass sich der Beirat nicht mit dem Thema auseinander setzt, ist daher fehl am Platz. Zu einer Beteiligung gehört es auch, sich konstruktiv an einen Tisch zu setzen und das hat Herr Boehlke in der letzten Ausschusssitzung von den Vertretern der Bürgerinitiative vermisst.

2.3 [REDACTED] plädiert zu TOP 4 dafür, dass die Grünflächen nicht mit dem Stigma „Ausgleichsflächen“ belegt werden. Die Nutzung soll wie bisher landwirtschaftlich sein.

TOP 3: Aktionsplan zur Lärminderung Stellungnahme des Beirats

Hierzu eingeladen: SUBV

Herr Boehlke schildert den aktuellen Sachstand und verweist auf die Beiratsberatung am 4. Juni 2013. Dort wurde ein einstimmiger Beschluss gefasst:

„Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis. Der Beirat fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, die Lärminderungsmaßnahmen betreffenden gefassten Beschlüsse der letzten Jahre, die das Beiratsgebiet Burglesum betreffen, all umfassend zu berücksichtigen. Dem Beirat soll das aktuelle Zahlenmaterial und die geplanten Maßnahmen deutlich vor der Beteiligung öffentlicher Belange übersandt werden.“

Herr Boehlke nennt die Hauptlärmquellen im Stadtteil wie Autobahnen, der Heerstraßenzug und den Schienenverkehr (fehlender Lückenschluss bei den Lärmschutzwänden in Grambke). Es gab eine Beteiligung der Öffentlichkeit im letzten Jahr mit mehr als 500 Anregungen. Heute wird eine Stellungnahme des Beirates formuliert, verbunden mit dem Ziel, dass die Anregungen in der überarbeiteten Fassung des Planes berücksichtigt werden.

Herr Bürger stellt mittels Power-Point-Präsentation die überarbeitete Fassung des Aktionsplanes zur Lärminderung vor (s. Anlage 1).

Herr Strausdat stellt fest, dass ein Lärmschutz an der Grönlandstraße von Seiten des Bundes nicht mehr zu erwarten ist und die Beschlüsse des Beirats nicht berücksichtigt wurden. Die Stadt will in einigen Bereichen tätig werden und zu weiteren möglichen Maßnahmen, wie die Schließung von Lücken, ist eine Einzelfallprüfung erforderlich. Was heißt das?

Frau Hornhues stellt fest, dass die Kosten für die Grönlandstraße frühestens im Jahr 2016 in den Haushalt gestellt werden können und fragt, warum das nicht anders lösbar ist. Zum Beispiel durch das Vorstrecken finanzieller Mittel durch den Bund.

Herr Strecker hat auf dem Plan gesehen das im Bereich Bahnhof Burg überwiegend rot markiert wurde, zwei oder drei Stellen aber nicht. Welche Kriterien werden hier angewandt.

Herr Bürger führt zur Grönlandstraße aus, dass die Bahn bereit ist, einen Lückenschluss durchzuführen, wenn das Land Bremen die finanziellen Mittel dafür bereitstellt. Eine Verpflichtungsermächtigung wäre möglich, die Senatorin für Finanzen ist aber mit solchen Ermächtigungen sehr zurückhaltend, aber ein Versuch wäre möglich. Das wäre in erster Linie Sache der Fraktionen, die die Regierung stellen. Ein Vorstrecken des Geldes durch die Deutsche Bahn wird zurückgewiesen, da gibt es sicher keine Bereitschaft, denn die Bahn hat auch nur begrenzte finanzielle Mittel zur Verfügung. Früher den Lückenschluss zu erreichen ist nur über eine Verpflichtungsermächtigung mit entsprechender Deputationsvorlage möglich. Die Deutsche Bahn benötigt ca. 3 Jahre Vorlaufzeit wegen der Auswirkung auf Verkehr und Fahrpläne.

Zur Markierung im Bereich Am Bahnhof St. Magnus führt Herr Bürger aus, dass es im Einzelfall durch Abschirmung nicht der entsprechende Lärmwert erreicht wird. Es kann auch sein, dass das Programm nicht alles berücksichtigt. Es gibt eine gewisse Ungenauigkeit, z.B. durch noch unbebaute Grundstücke, weil das Kartenmaterial nicht ganz aktuell ist.

Weitere Diskussion mit Wortbeiträgen von **Frau Müller-Lang, Herrn Rath, Herrn Dr. Schmidtman, Herrn Hennig und Herrn Kurpjuhn.**

Beschluss (einstimmig)

Der Beirat Burglesum bekräftigt seinen Beschluss vom 4. Juni 2013 und erwartet, dass vor allem folgende konkrete Maßnahmen im Aktionsplan zur Lärminderung der Stadt Bremen mit aufzunehmen sind:

- Lückenschluss der Lärmschutzwand entlang der Bahntrasse auf Höhe der Grönlandstraße in Burg-Grambke mit entsprechender Verpflichtungsermächtigung bei der Senatorin für Finanzen
- Einrichtung eines Streckengebots auf 30 km/h in Bereichen der Burger Heerstraße, Bremerhavener Heerstraße, Lesumer Heerstraße, Unter den Linden
- Verbesserung des Straßenbelags zur Lärminderung auf den Hauptverkehrsstraßen
- Verbesserung des Lärmschutzes entlang der BAB 27/270

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird aufgefordert, diese Maßnahmen in den Folgejahren fortzuschreiben, planerisch umzusetzen und mit den notwendigen gesamten Haushaltsmitteln zu hinterlegen.

TOP 4: Stellungnahme des Beirats zu den Entwürfen zum Flächennutzungsplan und zum Landschaftsprogramm

Herr Boehlke erinnert daran, dass die Vorstellung und Beratung in der Beiratssitzung am 25. März 2014 erfolgte und die Beschlussfassung auf die heutige Sitzung vertagt wurde.

Die Fachausschüsse haben hierzu in der Vergangenheit schon detaillierte Beschlüsse gefasst. Es gab eine Beratung im Sprecherausschuss, auch unter Berücksichtigung diverser Bürgerschreiben, die uns im Nachgang erreicht haben. Die Lesumniederungen waren in der März-Sitzung und in den Bürgerschreiben das Hauptthema. Die formulierten Bedenken der Bürger finden sich nach unserer Auffassung dezidiert in den bereits beschlossenen Punkten wieder. Beschlussvorschläge zum Flächennutzungsplan und zum

Landschaftsprogramm liegen in den Mappen. Als kleine Ergänzung sollte eine Konkretisierung zu den Lesumniederungen sowie zu den Einwänden von privaten Eigentümern betroffener Flächen aufgenommen werden.

Frau Schnaubelt wünscht sich eine Ergänzung, dass nicht nur Knoops Park, sondern auch Knoops Wald in Punkt 5 genannt wird.

Frau Punkenburg beantragt für Punkt 9 und 10 Einzelabstimmung, für die geplante Vertiefung bestehen keine Einwände, aber man ist gegen die Verlängerung des Sportparksees.

Abstimmung bis Punkt 8 mit der Ergänzung „Knoops Wald“ (einstimmig).

Punkt 9 wird mehrheitlich beschlossen mit 12 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen.

Punkt 10 wird mehrheitlich beschlossen mit 11 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

Punkt 11 und der letzte Absatz (einstimmig).

Stellungnahme zum Entwurf des Flächennutzungsplanes

Beschluss (mehrheitlich)

Der Beirat Burglesum verweist auf den Beschluss des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 3. April 2013. Der Beirat bekräftigt nochmals die Berücksichtigung folgender Punkte:

1. Einen Eingriff in Privatflächen ohne Rücksprache und Einverständnis des jeweiligen Eigentümers lehnt der Ausschuss ab.
2. Die Flächen entlang der Lesum sind in ihrem jetzigen Zustand zu erhalten. Der Hochwasserschutz ist zu gewährleisten.
3. Die Lesum-Wiesen sind als landwirtschaftliche Flächen zu erhalten.
4. Maßnahmen zur Steigerung des sanften Tourismus in Burglesum dürfen nicht beeinträchtigt werden.
5. Die Parkanlagen Knoops Park, Knoops Wald und Pellens Park sind zu erhalten.
6. Das Werderland ist mit seiner historisch ausgeprägten Landwirtschaft zu sichern.
7. Der Bereich um die Burger Heerstraße ist als zentraler Versorgungsbereich zu deklarieren.
8. Einer Deklaration des Heerstraßenzuges als Hauptverkehrsstraße entsprechend der vorhandenen und dauerhaft vorgesehenen Bedeutung im Verkehrsnetz der Stadt wird nicht zugestimmt.
9. Geplante Bauvorhaben und bereits ausgewiesene Bauflächen sind notwendige Bestandteile für eine positive Entwicklung des Stadtteils und dürfen daher vom Flächennutzungsplan nicht beeinträchtigt werden.
10. Der Sportparksee Grambke ist in seiner Funktion zu erhalten. Hierzu zählen neben der notwendigen Vertiefung des Sees, auch die Möglichkeit einer Verlängerung sowie der Erhalt der notwendigen Windschneisen im nordwestlichen Bereich.

11. Der Bereich der Lesumniederungen (Lesumer Heuland und Leesewiesen) ist in seinem jetzigen Zustand zu erhalten.

Ferner wird der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr aufgefordert, die Einwände von privaten Eigentümern betroffener Flächen, vor allem entlang der Lesum, umfänglich zu berücksichtigen.

Herr Hennig möchte die Anregung von Herrn Hincke unter TOP 2 aufnehmen als Ergänzung Pkt. 15: „Die Lesumniederungen dürfen nicht als Ausgleichsflächen herangezogen werden.“

Frau Schnaubelt möchte unter Pkt. 10 „Knoops Wald“ genannt haben. Zu Pkt. 5 „Gräben und Kleingewässer haben eine besondere Funktion des Gewässernetzes, daher ist eine regelmäßige Pflege notwendig, um einer Versandung entgegenzuwirken → Geestbach Ihle“ kann sie sich nicht anschließen, weil eine herabgesetzte Fließgeschwindigkeit wünschenswert wäre.

Herr Dr. Schmidtman schlägt vor, den Punkt 5 mit dem Zusatz „Maßnahmen zur Renaturierung im unteren Ihleverlauf sollen langfristig umgesetzt werden“ zu ergänzen.

Frau Müller-Lang schlägt vor, Pkt. 5 zu erweitern um den Text „um einer Versandung und übermäßigen Verkräutung vorzubeugen“.

Frau Punkenburg beantragt Einzelabstimmung zu Pkt. 6, 13 und 15.

Punkt 1 bis 4 (einstimmig).

Punkt 5: Die Abstimmung über die Ergänzung „Knoops Wald“ (einstimmig)
Der Zusatz „Maßnahmen zur Renaturierung im unteren Ihleverlauf sollen langfristig umgesetzt werden“ wurde abgelehnt mit 6 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Punkt 6 wurde angenommen mit 11 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Punkt 7-12 mit „Knoops Wald“ (einstimmig).

Punkt 13 angenommen mit 12 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen.

Punkt 14 (einstimmig).

Punkt 15 angenommen mit 11 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Punkt 16 (einstimmig).

Stellungnahme zum Entwurf des Landschaftsprogramms

Beschluss (mehrheitlich)

Der Beirat Burglesum verweist auf den Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Tourismus, Sport und Vereine vom 20. Februar 2013. Der Beirat bekräftigt nochmals die Berücksichtigung folgender Punkte:

1. Einen Eingriff in Privatflächen ohne Rücksprache und Einverständnis des jeweiligen Eigentümers lehnt der Ausschuss ab.

2. Die Flächen entlang der Lesum sind in ihrem jetzigen Zustand zu erhalten. Eine Deklaration als Überschwemmungsflächen wird abgelehnt. Der Hochwasserschutz ist zu gewährleisten.
3. Die Lesum-Wiesen sind als landwirtschaftliche Flächen zu erhalten.
4. Das Ruschdahlmoor ist in seiner Eigenschaft zu erhalten.
5. Gräben und Kleingewässer haben eine besondere Funktion des Gewässernetzes, daher ist eine regelmäßige Pflege notwendig, um einer Versandung entgegenzuwirken → Geestbach Ihle.
6. Der Sportparksee Grambke ist in seiner Funktion zu erhalten. Hierzu zählen neben der notwendigen Vertiefung des Sees, auch die Möglichkeit einer Verlängerung sowie der Erhalt der notwendigen Windschneisen im nordwestlichen Bereich.
7. Die Infrastruktur und die Anleger von Vereinen und Werften an der Lesum dürfen nicht beeinträchtigt werden.
8. Die Attraktivität des Friedehorstparks ist zu erhöhen.
9. Maßnahmen zur Steigerung des sanften Tourismus in Burglesum dürfen nicht beeinträchtigt werden.
10. Die Parkanlagen Knoop's Park, Knoop's Wald und Pellens Park sind zu erhalten.
11. Das Werderland ist mit seiner historisch ausgeprägten Landwirtschaft zu sichern.
12. Die Verkehrsachse Raschenkampsweg darf nicht beeinträchtigt werden und muss zur verkehrlichen Entlastung des Ortsteils generell befahrbar bleiben.
13. Geplante Bauvorhaben und bereits ausgewiesene Bauflächen sind notwendige Bestandteile für eine positive Entwicklung des Stadtteils und dürfen daher vom Landschaftsprogramm nicht beeinträchtigt werden.
14. Der Bereich der Lesumniederungen (Lesumer Heuland und Leesewiesen) ist in seinem jetzigen Zustand zu erhalten.
15. Die Lesumniederungen dürfen nicht als Ausgleichsflächen herangezogen werden.

Ferner wird der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr aufgefordert, die Einwände von privaten Eigentümern betroffener Flächen, vor allem entlang der Lesum, umfänglich zu berücksichtigen.

TOP 5: Antrag auf Rückbau des Radsuggestivstreifens in der Lesumer Heerstraße sowie Neubau eines Radweges a.d. Verkehrsinsel Lesumer Heerstraße

Antrag Beiratsmitglied Frank Rath (s. Anlage)

Hierzu eingeladen: ASV

Der Vorsitzende schildert die Sachlage. Die Maßnahme erfolgte im Rahmen einer gesamtstädtischen Überprüfung von Radwegen aufgrund einer Änderung in der Straßenverkehrsordnung. Unter anderem wurde in dem betroffenen Bereich von Seiten des Amtes für Straßen und Verkehr festgestellt, dass eine Mitbenutzung des Gehweges für Radfahrer aus rechtlicher Sicht zulässig ist, so dass der jetzige Schutzstreifen entlang der Lesumer Heerstraße eingerichtet wurde.

Dieses geschah nach Absprache und mit Zustimmung der Polizei, des Sprecherausschusses und des Ortsamtes. Inhaltlich wird Herr Kittlaus dieses noch einmal etwas näher erläutern.

Herr Rath begründet seinen Antrag.

Herr Kittlaus schildert nochmals die rechtliche Situation:

Laut Straßenverkehrsordnung können und sollen Radfahrer die Fahrbahn nutzen. Es gibt somit keine allgemeine Radwegebenutzungspflicht in der Bundesrepublik Deutschland. Die Benutzungspflicht ist seit der Novelle der Straßenverkehrsordnung nur noch dann gegeben, wenn der Radweg durch ein blaues Schild (Zeichen 237, 240, 241) gekennzeichnet ist.

Hintergrund dieser Regelung ist die Erkenntnis, dass baulich abgesetzte Radwege in vielen Fällen ein höheres Unfallrisiko für Radfahrer bedeuten als die Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn.

Auf baulich abgesetzten Radwegen kommt es vermehrt zu Konflikten mit Fußgängern. Insbesondere an Kreuzungen und Einmündungen besteht überdies ein hohes Konfliktpotenzial mit einfahrenden und abbiegenden Kraftfahrern, da diese durch die oft fehlende Sichtbeziehung nicht mit kreuzenden Radfahrern rechnen, und da sich auch Radfahrer wegen des subjektiven Sicherheitsgefühls, das ihnen der Radweg vermittelt, oft zu sorglos verhalten.

Herr Kittlaus gibt zu Bedenken, dass die neue Radwegführung noch unbekannt ist und sich die Bürger daran gewöhnen müssen. Es seien auch keine Unfälle zu verzeichnen.

In Zukunft wird diese Form der Radwegeführung weiter ausgebaut werden. Seit Jahren werden Fahrradwege in Bremen nach und nach entwidmet. Das Fahren auf Radwegen wird nur noch dort vorgeschrieben, wo es die Verkehrslage erforderlich macht. Eine Radwege-Benutzungspflicht besteht für Radfahrer nur bei einer Beschilderung mit blauen Radwegschildern.

Frau Hornhues findet, dass die mitgebrachten Fotos von Herrn Kittlaus nicht der Realität entsprechen, die Straße wäre normalerweise deutlich zugeparkter. Alle haben Angst, auf den Radstreifen zu fahren. Sämtliche Schulen in der Umgebung haben sich bereits massiv beschwert.

Frau Schnaubelt bewertet den Schutzstreifen als positiv. Radfahrer sollten auf der Straße fahren. **Frau Punkenburg** schließt sich der Auffassung von Frau Schnaubelt an.

Herrn Dr. Schmidtman stören die in dem Bereich parkenden Autos. Frau Müller-Lang hält die Abschaffung von Radwegen für einen Fehler.

Herr Tegtmeier kündigt an, dass er notfalls auf dem Gehweg Rad fahren wird. **Herr Hennig** glaubt nicht, dass ein Radweg eine höhere Sicherheit für Radfahrer bedeutet.

Herr Hornhues beantragt die Vertagung und Überweisung in den Verkehrsausschuss des Beirats. **Herr Rath** möchte das nicht und besteht auf eine heutige Abstimmung, weil er im Verkehrsausschuss nicht stimmberechtigt ist.

Die Vertagung wird mit 8 Nein-Stimmen, 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Ein Alternativantrag, das Amt für Straßen und Verkehr zu bitten, in Zusammenarbeit mit dem Beirat die Parkplätze neu zu organisieren und zu betrachten ohne Beeinträchtigung des Einzelhandels hat keine Mehrheit erhalten und wurde mit 8 Nein-Stimmen und 8 Ja-Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

Der Antrag vom Beiratsmitglied Rath wurde mit 7 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

**TOP 6: Straßenbenennung – Erschließung Wohngebiet „An Smidts Park“
-B-Plan Nr. 1273-**

Beschluss (einstimmig bei 1 Enthaltung)

Die öffentliche Verkehrsfläche des Bebauungsplanes 1273 (Wohngebiet „An Smidts Park“) soll folgende Benennung erhalten:

„Ruschweide“

Anmerkung:

Auf Nachfrage des Ortsamtes schlägt das Staatsarchiv eine Benennung nach dem Flurstück Ruschweide vor. Auf dieses geht die Benennung des auch im Stadtatlas noch vorhandenen heutigen Ruschweidegrabens zurück. Die alte Gemarkung „In der Ruschweide“ bezeichnete eine unbebaute Weidefläche, die sich vor der heutigen Überbauung der Fläche u.a. durch das Schulzentrum südlich an die zur Benennung anstehende Fläche anschloss. Der Plan der Freien Hansestadt Bremen von Hunckel aus dem Jahr 1882 nennt die Gemarkungsnamen sehr schön deutlich und lässt auch einen relativ sicheren Rückschluss auf die Nähe zu den heutigen Belegenheiten zu. Für eine Straßenbenennung käme dort daher „In der Ruschweide“, aber auch „An der Ruschweide“ oder einfach nur „Ruschweide“ in Frage.

Der Sprecherausschuss hat in seiner Sitzung am 19. März 2014 über die Namensvorschläge des Staatsarchivs beraten und sprach sich einstimmig für die kürzeste Variante aus.

**TOP 7: Nachwahl eines Ausschussmitgliedes
- Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft-
Vorschlagsrecht Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Boehlke informiert den Beirat, dass Herr Lange mit Wirkung zum 12. März 2014 sein Mandat als sachkundiger Bürger im Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft niedergelegt hat.

Das Mandat erhielt er von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, sodass diese auch das Vorschlagsrecht bei der Nachwahl haben.

Frau Punkenburg schlägt Herrn Rolf Adler vor.

Beschluss:

Herr Rolf Adler wurde vorgeschlagen und einstimmig gewählt.

TOP 8: Mitteilungen des Ortsamtes

Herr Boehlke informiert über den Bürgerantrag der Bürgerinitiative Grünes St. Magnus aus der März-Sitzung zu den Baumfällungen im Baugebiet Gut Hoher Kamp. Es wurde nach der Rechtmäßigkeit gefragt und nach Zugang der Öffentlichkeit zu den Unterlagen.

Eine Vertreterin vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr teilt mit, dass sämtliche ihnen bekannten Baumfällungen im Baugebiet entweder aufgrund der Festsetzung des Bebauungsplanes oder aus Gründen der Verkehrssicherheit erfolgt sind. Damit sind die Baumfällungen rechtmäßig. Der Bebauungsplan kann im Ortsamt oder im Internet unter www.bauleitplan.bremen.de eingesehen werden.

TOP 9: Mitteilungen des Beiratssprechers
-keine-

TOP 10: Wünsche und Anregungen in stadtteilbezogenen Angelegenheiten

10.1 Frau Müller-Lang regt an, dass der Burglesumer Beirat die Kosten für 25 neue Stühle aus Beiratsmitteln für das Bürgerhaus Vegesack übernehmen soll.

Herr Hennig möchte in diesem Zusammenhang wissen, ob die Leitung des Bürgerhauses nicht selbst in der Lage ist, einen Antrag auf Beiratsmittel an den Beirat Burglesum zu stellen.

10.2 Frau Hornhues teilt mit, dass das Schild „Blindengarten“ im Bereich Am Bahnhof St. Magnus / Uhlenweg schief ist.

10.3 Herr Friesen möchte wissen, wie sicher die Gas- und Schwerölkavernen in Grambkermoor sind und ob auch hier Unfälle entstehen können, die die Umwelt im Bereich der Kavernen belasten.

Herr Boehlke schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:40 Uhr.

gez. Boehlke
Vorsitzender

gez. Hornhues
Beiratssprecher

gez. Hell-Nogai
Protokoll